

Glos unterstützt Reformmodell mit Kopfpauschale

BERLIN (AP)--Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hat sich hinter ein Modell für die Gesundheitsreform gestellt, das die einkommensabhängigen Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen abschaffen will. Der Minister lobte den Vorschlag seines wissenschaftlichen Beirats als "wertvollen Diskussionsbeitrag". Der Beirat hält es für eine Voraussetzung für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, dass Kassen Kopfpauschalen unabhängig vom Einkommen erheben.

Der Beiratsvorsitzende Axel Börsch-Supan übte harsche Kritik an den Plänen für einen Gesundheitsfonds und dessen Teilfinanzierung aus Steuern. Die ganze Reformdebatte laufe derzeit in die falsche Richtung. Das Kernproblem, mehr Wettbewerb ins System zu bekommen, werde nicht angegangen. Wichtigster Ansatzpunkt hierfür ist aus Sicht des Beirats, vom Einkommen unabhängige Beiträge zu erheben. Der Preis für die Leistungen im Gesundheitswesen sei unabhängig davon, wie viel der Empfänger verdiene, argumentierte Börsch-Supan.

Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, den Ausgleich der Krankheitsrisiken zwischen den Kassen beizubehalten und noch zu verfeinern. Funktioniere dieser Ausgleich, dann hingen die - für alle Versicherten einer Kasse einheitlichen - Beiträge einer Kasse letztlich nur noch davon ab, wie gut sie wirtschaftete, meinte der Wissenschaftler.

Wer die Pauschalbeiträge wegen geringen Einkommens nicht aufbringen kann, der soll nach den Vorschlägen des Beirats ein "Gesundheitsgeld" ähnlich dem Wohngeld bekommen. Finanziert würde dieser Zuschuss aus Steuergeldern.

Darüber hinaus müsse auch auf der Anbieterseite - also bei Ärzten und Krankenhäusern - mehr Wettbewerb entstehen. (...) Nötig dazu ist Börsch-Supan zufolge die Abschaffung des Verhandlungsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen.

Glos erklärte zum Gutachten: "Ich unterstütze die Forderung des Beirats nach mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen." Dies sehe auch die Koalitionsvereinbarung vor. Ohne Wettbewerb werde jede Reform auf der Einnahmeseite vergeblich sein.

Der vollständige Artikel erschien am 22. Juni 2006 in den Finanznachrichten.